

Gesichtet und gesiebt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **58 (1983)**

Heft 2

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gesichtet und gesiebt

Leicht schrumpfende Bauwirtschaft. Im Herbst 1982 rechnete die Zürcher Kantonalbank für 1983 mit einem Rückgang der realen Bauinvestitionen von ein bis zwei Prozent. Den Rückgang für 1982 schätzte die Bank auf real vier bis fünf Prozent.

Bundesrat wartet ab. «Was beabsichtigt der Bundesrat zum Schutz der einheimischen bauwilligen Bevölkerung gegen die Verteuerung und Verknappung des Baulandes durch ortsfremde Interessenten zu tun?» interpellierte Nationalrat Biderbost im Frühjahr 1982. Der Vorstoss nimmt direkt Bezug auf das Tessiner Planungsmodell der «Bauzonen im Gemeindeinteresse». In seiner Antwort sagte der Bundesrat kürzlich, es bleibe vorderhand vor allem den Kantonen und Gemeinden anheimgestellt, über das Raumplanungsgesetz und die Investitionshilfe für Berggebiete hinaus zusätzliche Massnahmen zur Erleichterung der Baulandbeschaffung für Ortsansässige zu ergreifen. Die Landesregierung ist der Ansicht, dass dieses Vorgehen den unterschiedlichen regionalen Verhältnissen besser Rechnung trage. Sollten sich bestimmte Massnahmen als zweckdienlich und notwendig erweisen, will sie die Ergänzung und Anpassung von Bundesrecht neu überprüfen. Eine Änderung des Raumplanungsgesetzes steht für den Bundesrat heute nicht zur Diskussion.

Mehr Pendler. Zwischen 1970 und 1980 hat sich in der Schweiz die Zahl der berufstätigen Pendler um ein Drittel erhöht. Ihr Anteil ist von 30 auf 40 Prozent gestiegen. Die Gründe liegen nach Mitteilung des Bundesamtes für Statistik im vermehrten Wechsel der Wohngemeinde, des Arbeitgeberstandortes oder des Arbeitgebers. Das Ansteigen der Pendler hat natürlich im gleichen Ausmass auch zu einem Ansteigen des Verkehrsaufkommens geführt.

Mehr Geschiedene. Zwischen 1970 und 1980 hat sich der Anteil der Geschiedenen von 1,9 auf 3,2 Prozent erhöht. Auch die Verwitweten haben von 5,4 auf 6,0 Prozent zugenommen. Abgenommen haben die Ledigen und Verheirateten, und zwar von 45,2 auf 43,5 Prozent beziehungsweise von 47,5 auf 47,3 Prozent. Die Zahl der Haushaltungen ist in dieser Zeit von 2 052 000 auf 2 450 000 angestiegen. Mit einem Anteil von 29 Prozent (1970 erst 20 Prozent) erreichen jetzt die Einpersonenhaushaltungen beinahe ein

Drittel. Zusammen mit der ebenfalls etwas grösser gewordenen Zahl der Privathaushaltungen mit zwei Personen erreichen die beiden Kleinhaushalt-Kategorien einen Anteil von 59 Prozent, 1970 waren es erst 48 Prozent.

Wirksame Wohnbauförderung. Überraschend günstige Ergebnisse bewirkte die Wohnbauförderung des Bundes in den vergangenen sieben Jahren. 19 300 preisgünstige Wohnungen sind seit 1975 mit ihrer Hilfe neu gebaut worden. Das sind sieben Prozent der gesamten schweizerischen Wohnbauproduktion. Etwa ein Drittel der Förderung ist dabei Eigenheimen zugute gekommen. Hauptsächliche Grundlage für die Tätigkeit des Bundes war das Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz. Allein der auf Grund dieses Gesetzes gebildete Fonds des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen (SVW) konnte zum Bau von 1300 Genossenschaftswohnungen mit günstigen Mieten beitragen. Die gesamte mit Bundeshilfe ausgelöste Bau-summe kann auf nicht weniger als 3,6 Mrd. Franken veranschlagt werden.

Trendbruch bei der Sparquote. Die Sparquote ist 1981 um nahezu 22 Prozent auf 33,6 Mrd. Franken gestiegen, so das Bundesamt für Statistik. Dagegen ist der private Konsum real nur noch 0,5 und nominell 7,3 Prozent auf 115,8 Mrd. Franken gestiegen. Zur Sparentwicklung haben die privaten Haushalte nahezu ein Viertel beigetragen. Verfolgt man die ständige Rückbildung der Sparquote seit 1978, so stellt dieses jüngste Resultat einen regelrechten Trendbruch dar. Die massive Zunahme der zur Verfügung stehenden Finanzierungsmittel und die abnehmende Investitionstätigkeit könnten bedeuten, dass die weitgehende Finanzierung des Wohnungsbaues aus Ersparnissen der Haushalte – eine schweizeri-

sche Besonderheit – auch für die Zukunft erhalten bleibt.

Mieten immer schön dem Einkommen angepasst. Der durchschnittliche Schweizer Haushalt hat Ende der vierziger Jahre 17 bis 18 Prozent des disponiblen Einkommens für Miete und Wohnungseinrichtung aufgewendet (12 bis 13 Prozent für die Miete und fünf Prozent für die Wohnungseinrichtung). Während die Miete-Einkommens-Relation bis Mitte der sechziger Jahre auf fast 10 Prozent sank, erreichte der Ausgabenanteil für die Möblierung Anfang der sechziger Jahre mit sechs Prozent den Höchststand. In der Folge haben die relativen Aufwendungen für Wohnungseinrichtungen bis auf Ende des letzten Jahrzehnts bis auf vier Prozent sukzessive abgenommen. Umgekehrt zeigte der Mietanteil am Einkommen eine Tendenz nach oben. 1980 machte die Mietquote zwölf Prozent aus. Zusammen machten die Aufwendungen für das Wohnen in jenem Jahr rund 16 Prozent aus. In dieser landesweiten Statistik des Bundesamtes für Statistik werden die hohen Mieten in den Ballungszentren durch die tiefen relativiert.

Staatsbürgerschaft berücksichtigen. Eine Delegation der Sozialdemokratischen Partei hat den Bundesrat gebeten, bei den Banken dahingehend zu intervenieren, dass für Hypotheken, für die der Staat bürgt, ein bevorzugter Zinssatz gewährt wird, vor allem für Zweihypotheken, die im sozialen Wohnungsbau verwendet werden.

Holz weniger gefragt. Holzvorräte nehmen zu und erreichen Rekordhöhen. Die Ursache ist in der Bauindustrie zu suchen, weil dort die Nachfrage abgenommen hat, da weniger gebaut wird.

**Beratung
Installation
Schalttafelbau
Service**

Tel. 301 44 44

ELEKTRO

COMPAGNONI

ZÜRICH